



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung,
Digitalisierung und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 14.09.2023

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
am Dienstag, 19. September 2023, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.07.2023
2. 23-A-83-0007
Vorstellung des neuen City-Managers
3. 23-A-83-0006
Sachstand zur Aufstellung des Flächennutzungsplans

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung

4. Aktueller Sachstand zu offenen Beschlüssen

4.1 22-F-63-0078

ANLAGE

Gasmangellage und ihre Auswirkungen auf Wiesbadener Unternehmen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke. und VOLT vom 14.09.2022 -
- Beschluss Nr. 366 der Stadtverordnetenversammlung vom 29.09.2022 -

4.2 22-F-63-0113

ANLAGE

Standortkonzept „Die zukunftsfähige Berufsschule“

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE. und Volt vom 02.11.2022 -
- Beschluss Nr. 160 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 08.11.2022 -

4.3 22-F-63-0132

ANLAGE

Gebühr für Warenauslagen zukunftstauglicher machen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die LINKE. und Volt vom 06.12.2022 -
- Beschluss Nr. 523 der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2022 -

4.4 23-F-63-0021

ANLAGE

Kontrollstelle illegale Beschäftigung

- Antrag der Fraktionen von Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 31.01.2023 -
- Beschluss Nr. 44 der Stadtverordnetenversammlung vom 09.02.2023 -

5. 21-A-83-0002

Aktuelles aus dem Fachbereich Wirtschaftsförderung

Bereich Digitalisierung

6. 23-F-63-0092

Priorisierung der Umsetzung der OZG-Leistungen nach Empfehlung des IT-Planungsrates

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die LINKE. und Volt vom 13.09.2023 -

Die Verwaltungsdigitalisierung ist eine Daueraufgabe, die wir auch in der Landeshauptstadt Wiesbaden aktiv begleiten. Über das Onlinezugangsgesetz (OZG) der Bundesregierung sollen knapp 600 verschiedene Leistungen zukünftig online angeboten werden. Die Frist wurde hierfür dieses Jahr verlängert. Das soll die Stadt in ihren Modernisierungsbemühungen aber nicht bremsen. Deswegen wollen wir unsere Anstrengungen weiter fokussieren.

Aus diesem Grund greifen wir den Empfehlungsbeschluss des IT-Planungsrats auf. Dieser hat sich mit dem Thema erneut befasst und einen Empfehlungsbeschluss (Juli 2023) zur Priorisierung der Umsetzung ausgewählter OZG-Leistungen gefasst.

Die 16 Leistungen, die vorerst im Fokus stehen sollen, sind:

- 1) Ummeldung
- 2) Einbürgerung
- 3) Personalausweis
- 4) Unternehmensanmeldung und -genehmigung
- 5) Handwerksgründung, -register und -karte
- 6) Öffentliche Vergabe
- 7) Energiepreispauschale für Studierende
- 8) Elterngeld
- 9) Eheschließung
- 10) Unterhaltsvorschuss
- 11) Bauvorbescheid und Baugenehmigung
- 12) Wohngeld
- 13) Führerschein (inkl. Umtausch)
- 14) Kfz- An- und Ummeldung
- 15) Anlagegenehmigung und -zulassung
- 16) Arbeitslosengeld II (Bürgergeld)

Im Sinne des EfA - Prinzips (Einer für Alle) wurden die obenstehenden Leistungen durch Themenfeldführer entwickelt um diese bundesweit zur Nach- und Mitnutzung bereitzustellen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. im Ausschuss zum Umsetzungsstand der durch den IT-Planungsrat priorisierten 16 OZG Leistungen (s.o.) zu berichten und dabei insbesondere aufzuzeigen,
 - a) welche dieser EfA-Leistungen die LHW bereits nachnutzt,
 - b) bei welchen Leistungen die Nachnutzung der EfA-Leistung in der Anbahnung ist,
 - c) bei welchen noch kein Kontakt zum EfA-Anbieter besteht,
 - d) bzw. für welche dieser Fokusleistungen eigene Lösungen entwickelt und auf die EfA-Nachnutzung verzichtet wurde oder verzichtet werden soll.

2. sich bei der weiteren Umsetzung der OZG-Leistungen verstärkt an der Fokussierung des IT-Planungsrates zu orientieren und die 16 dort vorgeschlagenen Prio-OZG-Leistungen bis Mitte 2024 vollständig umzusetzen. Dabei sollten die EfA-Leistungen, wo immer möglich, bevorzugt genutzt werden. Über den Umsetzungsstand soll im bereits regelmäßig stattfindenden Bericht zur Umsetzung der OZG- Maßnahmen zusätzlich informiert werden.
3. die restlichen noch nicht umgesetzten OZG-Leistungen schnellstmöglich umzusetzen, um die gesetzlichen Anforderungen vollständig zu erfüllen.

7. 23-F-69-0054

ANLAGE

Rolling in the DeepL - KI zur Verbesserung der Nutzererfahrung der städtischen Online-Angebote und das Tourismusmarketing nutzen

- Antrag der Fraktionen FDP, CDU und BLW/ULW/BIG vom 28.06.2023 -
- Beschluss Nr. 102 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 04.07.2023 -

8. 23-F-63-0093

Weiterentwicklung der Smart City Wiesbaden: Datennutzung, Künstliche Intelligenz und Bürgerbeteiligung

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und DIE LINKE. vom 13.09.2023 -

In einer zunehmend vernetzten und digitalisierten Welt bietet die Nutzung und Erhebung von Daten eine Vielzahl von Möglichkeiten. Eine sinnhafte Vernetzung von Daten und digitalen Diensten kann dazu beitragen, dass die Stadt Wiesbaden zu einer Smart City wird, die mit der Zeit geht und hierbei innovative Technologien nutzt, um den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden.

Eine durchdachte Nutzung von Daten kann es ermöglichen, fundierte Entscheidungen für die Stadtentwicklung zu treffen oder moderne Dienstleistungen mit einem besonderen Fokus auf zukunftssträchtige Lösungen für eine ökologische, soziale und digitale Stadtgesellschaft anzubieten. So können beispielsweise Verkehrsströme optimiert, Energieeffizienz erhöht, Umweltauswirkungen minimiert und die Sicherheit in der Stadt verbessert werden. Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei auf Anwendungen der künstlichen Intelligenz, die ein großes Potenzial bei der Auswertung und Nutzung der Daten bieten. Zudem sollen im Sinne eines transparenten Staates den Bürger*innen die Daten zur Verfügung gestellt werden. Bei all den genannten Punkten ist eine enge Verzahnung mit dem zentralen Smart-City-Projekt von besonderer Bedeutung.

Der Ausschuss möge beschließen,

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. über den Sachstand des Smart-City-Projekts und die beabsichtigte Fortführung des Projektes und dessen strategische Ausrichtung innerhalb der Stadtverwaltung zu berichten.

2. im Smart-City-Konzept unter anderem folgende Aspekte ergänzend zu berücksichtigen:
 - 2.1. Ausbau des Einsatzes von Sensorik zur Datengewinnung im Stadtgebiet. Hierbei sind unter anderem folgende Punkte besonders zu berücksichtigen: Identifikation von effektiven Einsatzbereichen und Berücksichtigung bereits vorhandener Infrastruktur und Daten; Strategie zur Erfassung, Analyse und Nutzung von Daten; Datenschutz und -sicherheit; Aufklärung der Bevölkerung.
 - 2.2. Einsatzmöglichkeiten von künstlicher Intelligenz zum Nutzen der Stadtgesellschaft unter Wahrung ethischer und datenschutzrechtlicher Gesichtspunkte.
 - 2.3. Einbindung/Vernetzung des Smart-City-Projektes und der zur Verfügung stehenden sowie veröffentlichungsfähigen Smart-City-Daten in die derzeit in Erarbeitung befindliche Open-Data-Strategie der Stadt Wiesbaden.
 - 2.4. Ethische Grundsätze und Datenschutz: Klärung von Fragen der Datenverarbeitung, -speicherung, -nutzung und -vernetzung im Einklang mit den Datenschutzbestimmungen.
 - 2.5. Kommunikation und Bürgerbeteiligung: Zielgerichtete Kommunikation und Einbeziehung der Bürger*innen in die Prozesse mit dem Ziel einer gut informierten sowie aufgeklärten Bürgerschaft und möglichst großer Akzeptanz durch die Bevölkerung.

9. 22-A-83-0003

Aktuelles aus dem Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung

Bereich Gesundheit

10. 23-F-02-0005

Umgang mit möglicher Coronawelle

- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.09.2023 -

Die Sommerferien sind vorbei und die Zahl der gemeldeten Covid-19-Fälle in Deutschland steigt wieder an - ein ähnliches Bild wie im vergangenen Jahr, auch wenn die Zahl bisher weiterhin auf niedrigem Niveau bleibt.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. wie sich die Landeshauptstadt Wiesbaden auf eine mögliche neue Coronawelle vorbereitet.
2. in welchem Zeitrahmen die Testzentren wieder aufgebaut und in Betrieb genommen werden könnten, wenn dies die Pandemie verlangen würde.
3. ob es in Wiesbaden aktuell noch Testzentren gibt.
4. wie hoch die Zahl der offiziell gemeldeten Covid-19-Fälle aktuell (Stand September) in Wiesbaden ist.

11. 23-V-53-0004

ANLAGE - DL 14/23-9

Aufbau eines "Public-Health Points" (PHP) in Wiesbaden, Anmietung einer Liegenschaft in der
Wiesbadener Innenstadt

- Beschluss Nr. 116 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und
Gesundheit vom 04.07.2023 -

12. 23-V-53-0006

DL 19/23-13

Errichtung von Gesundheitskiosken in Wiesbaden

Bereich Allgemeines:

13. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 22-F-63-0112

Standortinitiative Choose Europe

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE. und Volt vom 02.11.2022 -
- Bericht der Bürgermeisterin vom 29.06.2023 -

- Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung -

2. 22-V-02-8010

DL 18/23-2, 26/22-2

Erhöhung Zuzahlungen FrankfurtRheinMain GmbH

- Bericht der Bürgermeisterin vom 18.07.2023 -

3. 23-A-57-0004

Beschlussempfehlung zur kulturellen Innenstadtbelebung anlässlich der Schließung Galeria
Kaufhof

- Bericht der Bürgermeisterin vom 18.08.2023 -

- Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung -

4. 23-F-63-0036

Erweiterte Nutzungsmöglichkeiten auf dem Dern'schen Gelände

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 08.03.2023 -
- Bericht des Dezernates II vom 21.07.2023 -

- **Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung** -

5. 23-F-63-0069

Homophobe Vorfälle im Wiesbadener Gesundheitsamt

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und DIE LINKE. vom 03.05.2023 -
- Bericht des Dezernates I vom 21.06.2023 -

- **Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung** -

6. 23-F-63-0071

Maschinenlesbare Dokumente in der Stadtverwaltung

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und DIE LINKE. vom 03.05.2023 -
- Bericht des Dezernates II vom 18.08.2023 -

- **Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung** -

7. 23-F-65-0008

Eislaufbahn auf dem Bowling-Green „Wiesbaden on Ice“

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Freie Wähler/Pro Auto und BLW/ULW/BIG vom 03.05.2023 -
- Bericht des Dezernates II vom 15.07.2023 -

- **Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung** -

8. 23-F-69-0039

Schneller und unbürokratischer Ausbau der Wiesbadener Antennenstandorte

- Antrag der Fraktionen FDP, CDU und BLW/ULW/BIG vom 03.05.2023 -
- Bericht des Dezernates V vom 23.06.2023 -

- **Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung** -

9. 23-V-02-0003 **DL 18/23-4**

Zuschüsse für das Alte Gericht 2022 und 2023

10. 23-V-04-0009 **DL 18/23-5**

Fortführung "Lernwerkstatt" für die Schuljahre 2023/2024 und 2024/2025

11. 23-V-15-0009 **DL 18/23-7**

Zukünftige Kollaborationsplattform

12. 23-V-15-0010 **DL 18/23-8**

Ertüchtigung Verwaltungsstandorte für digitales Arbeiten

13. 23-V-40-0010 **DL 18/23-21**

4. Bericht zur Umsetzung des DigitalPakts in der Landeshauptstadt Wiesbaden

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Hoffmann-Fessner
Vorsitzende